

Aktuelle Informationen zur geplanten Reform der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen von Assistierenden an der Universität Basel

Gegenwärtig bereitet die Verwaltungsdirektion der Universität Basel eine Reform der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen von Doktorierenden und Post-Doktorierenden der Universität Basel vor. Hintergrund der Reformbemühungen sind schon länger bestehende, historisch gewachsene und zum Teil fachkulturell bedingte Ungleichheiten im Lohnniveau, aber auch in der sonstigen Vertragsgestaltung (Arbeitszeiten, Lehrverpflichtungen etc.) zwischen unterschiedlichen Gruppen von Doktorierenden und Post-Doktorierenden (Etatstellen der Universität Basel vs. SNF-Projektstellen, Geistes- und Sozialwissenschaften vs. Naturwissenschaften). Anlass der Reformbemühungen ist die jüngst erfolgte Änderung der Anstellungsbedingungen von SNF-finanzierten Doktorierenden und Post-Doktorierenden.

Die Verwaltungsdirektion hat ihre Pläne zur Reform der Anstellungsbedingungen zunächst im Rahmen einer von ihr einberufenen Arbeitsgruppe erörtert, an der insgesamt vier Assistierende (zwei Doktorierende und zwei Post-Doktorierende) beteiligt sind. Ferner hat sie den bisherigen Stand der Reform im Rahmen eines Lunch-Treffens, zu dem die AVUBA am 19. Februar eingeladen hatte, einer breiteren Öffentlichkeit von Assistierenden vorgestellt. Bei der anschliessenden Diskussion wurden seitens der anwesenden Assistierenden zahlreiche kritische Einwände artikuliert. Insbesondere wurde von vielen Assistierenden die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die geplante Reform womöglich negative materielle und immaterielle Folgen für die Assistierenden, aber auch für die Universität als Arbeitgeberin haben könnte.

Um die möglichen Folgen und Auswirkungen der bisher bekannt gewordenen Pläne für die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen intensiver zu diskutieren, hat sich im Nachgang zu dem Lunch-Treffen eine Gruppe von Assistierenden unterschiedlicher Fakultäten informell zusammengefunden. Bei zwei informellen Treffen wurde erneut Kritik an den Reformplänen laut. Einerseits wurden Bedenken geäußert, dass die Reformpläne in ihrer bislang bekannt gewordenen Form mit einer Verschlechterung der Anstellungsbedingungen vieler Assistierender einhergingen. Andererseits wurde die Angemessenheit des bisherigen Verfahrens zur Ausgestaltung und Umsetzung der Reform in Frage gestellt. So wurden insbesondere die fehlende Transparenz sowie eine unzureichende Repräsentation und Partizipation der Assistierenden kritisiert.

Aufgrund der erheblichen Relevanz des Themas für die Gruppierung der Assistierenden insgesamt, hat sich die informelle Versammlung von Assistierenden nun darauf verständigt, sich zu formalisieren – auch um den Diskussions- und Willensbildungsprozess in Bezug auf die Reform der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen allen Assistierenden zugänglich zu machen. Vor diesem Hintergrund ist die informelle Versammlung der Assistierenden mit einem Antrag auf Einrichtung einer offiziellen AVUBA-Arbeitsgruppe an den Vorstand der AVUBA herangetreten.

Gemäss Antrag soll sich eine mit Mitgliedern aller Fakultäten besetzte Arbeitsgruppe zum einen (in kurzfristiger Perspektive) kritisch mit den Reformplänen der Verwaltungsdirektion auseinandersetzen und sich zum anderen (in mittelfristiger Perspektive) an der Ausgestaltung einer die Interessen der Assistierenden während der Reform beteiligen. Der AVUBA-Vorstand hat dem Antrag auf Einrichtung der "AG Anstellungs- und Arbeitsbedingungen der Assistierenden" inzwischen zugestimmt.